

**Heinz Theisen**

## **Einheit nach außen - Vielfalt nach innen**

### ***Europa in der neuen Weltunordnung***

Einleitung: Notwendigkeiten einer Selbstbehauptung Europas

#### **I. Analyse der Weltunordnung**

Kulturrelativismus und politischer Universalismus als Ursachen der westlichen Überdehnung

Europa zwischen Utopie und Regression. Die innere Spaltung nach Globalisten und Partikularisten 5

Selbstbegrenzung und Selbstbehauptung in einer multipolaren Ordnung

#### **II: Europa in der multipolaren Welt 10**

Die EU als Objekt oder Subjekt des Weltgeschehens?

Die defensive Rolle des Nationalstaates in der Selbstbehauptung

Auf der Suche nach Europas mittleren Wegen

Selbstbegrenzung und Selbstbehauptung im Sozialen Kapitalismus

#### **III. Die Nato in einer multipolaren Weltordnung 15**

Koexistenz mit Russland als dem kleineren Übel 17

Eindämmung des chinesischen Imperialismus

Eindämmung des Islamismus und Rückzug vom Nahen Osten 13

Entstrickung der Kulturen – auch von der Türkei 16

***„Dem harten Muß bequemt sich Will und Grille.“***

*Johann Wolfgang von Goethe, Urworte, orphisch., Nötigung.*

### **Einleitung: Notwendigkeiten einer Selbstbehauptung Europas**

Aus der Binnenperspektive taktischer Interessen und politisch motivierter Schuldzuweisungen an innere Gegner lassen sich globale Probleme nicht bekämpfen. Aber auch der globale, menschheitliche Blick suggeriert zu Unrecht, dass Europa keine Eigeninteressen zu vertreten habe. Gegenüber diesen beiden, mal zu engen und mal zu entrückten Perspektiven, soll hier eine mittlere „Vogelperspektive“ eingenommen werden, aus der die notwendige Rolle Europas aus den globalen Herausforderungen abgeleitet wird.

Die zukünftige Rolle Europas in der heutigen Weltunordnung wird sich weniger aus unseren Wünschen und Werten als aus der Reaktion der Europäer auf die Bedrohungen und Herausforderungen in der heutigen Weltunordnung ergeben. Auch so viel gestellte Fragen nach den Kompetenzen des Europäischen Parlaments, der Kommission oder der nationalen Parlamente sind gegenüber diesen strategischen Fragen zweitrangig.

Angesichts des Krisenbogens, der sich um die Europäische Union herum spannt und auch angesichts der Herausforderungen Chinas und Russlands geht es längst um die Notwendigkeiten einer Selbstbehauptung Europas. Diese gilt es zu erkennen und aus Einsicht in die Not dann gemeinsam zu handeln.

Der schon kreatürlich vorgegebene gemeinsame Nenner der Selbstbehauptung könnte auch die innere Polarisierung entlang der Links–Rechts Achse überwinden helfen. Diese alten Begriffe sind so falsch gewählt, dass sie nicht zu begreifen helfen. Die Spaltung der europäischen Demokratien nach „weltoffenen“ Europäern, den „Globalisten“ und den um Schutz des Eigenen kämpfenden „Protektionisten“ ließe sich aus den allen gemeinsam entgegenkommenden äußeren Herausforderungen heraus

überwinden. Denn weder die Europäische Union noch die jeweilige Nation sind Selbstzwecke, sie dienen wie die meisten kollektiven Konstrukte vielmehr dem Ziel Selbstbehauptung.

Die Selbstbehauptung gewänne umso mehr an moralischer Legitimation, desto mehr sie sich nach außen um Selbstbegrenzung bemüht. Der Verzicht auf universalistische Einmischungen würde es den Europäern erleichtern, ihre eigene Kultur und Hemisphäre zu umgrenzen. Dieses antiimperialistische Projekt ist - in alter Terminologie – „links“ und mit seinem Ziel der Selbstbehauptung dann wieder „rechts“.

Den Strategiewandel werden die Europäer so lange im Rahmen der Nato leisten müssen, bis sie wieder selbst verteidigungsfähig sind. Um in der allein noch mögliche multipolaren Weltordnung kein Spielball anderer, sondern ein Handlungssubjekt zu sein, bräuchten EU und Nato einen grundlegenden Strategiewechsel: von der Universalität zur Selbstbegrenzung, von der Selbstüberhöhung zur Selbstbehauptung. Dafür sind zunächst die Eindämmung der Bedrohungen und sodann die Koexistenz mit den verschiedenen Kulturen und Mächten gefordert.

Auf der Basis der politischen und kulturellen Koexistenz des Verschiedenen könnte umso besser die Kooperation in Wissenschaft, Technik, Bildung und Ökonomie gelingen. Aber auch hier kann der große Sprung in die Gemeinsamkeiten nur auf der Basis der realpolitisch auszuhandelnden Gegenseitigkeiten gelingen.

Durch diese internationale Ausdifferenzierung der Funktionssysteme könnte endlich die globale Zusammenarbeit ihren Platz finden: denn noch größer als die Gefahren der partikularen kulturellen und politischen Konflikte sind die globalen Herausforderungen der Anarchie, des Verbrechens, der Erderwärmung und des Hungers. Solchen Herausforderungen wird eine in ihre politischen

Verschiedenheiten untergliederte Menschheit langfristig in globaler Gemeinsamkeit entgegentreten müssen.

## **I. Analyse der Weltunordnung**

### **Kulturrelativismus und politischer Universalismus als Ursachen der westlichen Überdehnung**

Viele Probleme der offenen Gesellschaften sind aus ihrer zu großen Offenheit und ihren Entgrenzungen gegenüber globalen Prozessen entstanden. Dies gilt insbesondere für den asymmetrischen ökonomischen Wettbewerb mit China, der kulturellen und politischen Herausforderung des Islamismus sowie für die rechts- und sozialstaatlichen Folgen der Migration.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sah sich der westliche Universalismus, der Glaube an die Allgemeingültigkeit unserer Werte und Strukturen, nur noch von - zumindest potentiellen - Freunden umgeben. Nicht zuletzt aufgrund seiner Überdehnungen in fremde Machtpole hinein findet sich der Westen heute aber in einer Welt voller Gegner und Feinde wieder. Bei den neuen Weltmächten China und wieder Russland sowie mit seinen Verstrickungen in den Nahen Ostens ist der Westen an seine Grenzen gestoßen, die er jetzt erkennen und schützen lernen muss. Der Weg geht vom Universalismus zu neuen Formen des Protektionismus.

Die Überdehnung eigener Ordnungsvorstellungen hat zum Zusammenprall und zur Verstrickung der Kulturen, Identitäten und Mächte beitragen. Niemand – so der französische Orientalist Gilles Kepel – habe die geistige Verwirrung vorausgesehen, die mit dem Verschwinden von Distanzen und Perspektiven einhergegangen sei.

Die Auflösung von räumlichen und zeitlichen Bezugspunkten habe uns die Orientierung verlieren lassen.<sup>1</sup>

Die Hauptursache für die westlichen Überdehnungen liegt in der Kombination von kulturellem Relativismus nach innen und politischem Universalismus nach außen. Sie verdeckt den Blick auf die realen Differenzen zwischen den Kulturen und Mächten, die gerade über die Globalisierungsprozesse sichtbar werden.<sup>2</sup>

Ein Westen, der vor lauter Kulturrelativismus seine eigenen Grenzen nicht mehr kennt, droht diese umso öfter zu überschreiten und sich umso leichtfertiger zu öffnen. Die Folgen dieser Überdehnungen fallen heute durch Flüchtlingsströme, islamistischen Terror, durch Preisgabe eigener Räume und Märkte gegenüber China auf ihn zurück.

Sowohl nach innen als auch nach außen sah sich der von Christentum und Aufklärung geprägte Universalismus nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion seiner vormaligen Begrenzungen und Schranken enthoben. Er stieß aber schon bald an die Grenzen anderer Kulturen und Mächte. Sein Zusammenprall - in der Ukraine mit Russland, auf dem Weltmarkt mit China und militärisch mit Akteuren des islamischen Kulturkreises – hat erheblichen Anteil an der heutigen Weltunordnung oder vor allem am Chaos im Nahen Osten.

Diese Analyse ist umstritten. Manche Regierungen wollen den Universalismus durch einen so genannten Multilateralismus ersetzen, eine Art herrschaftsfreier Dialog der Staaten, demzufolge grenzübergreifende Probleme von internationalen kollektiven Lösungen angegangen werden sollen, wobei allen Nationen ein Mitspracherecht zukommt. Etwa bei den Weltklimakonferenzen ist dieser Multilateralismus gescheitert.

---

<sup>1</sup> Giles Kepel, Chaos. Die Krisen in Nordafrika und im Nahen Osten verstehen, München 2019, S. 12

<sup>2</sup> Heinz Theisen, Der Westen in der neuen Weltordnung, Stuttgart 2017.

Daraus kann man wiederum zwei Konsequenzen ziehen – entweder sollen die Europäer im Sinne eines „Wer, wenn nicht wir“ in der Verwirklichung des Guten vorangehen oder sie sollten die eigene Macht so stärken, dass man innerhalb der bestehenden Machtpole seine Interessen in einen Ausgleich mit globalen Prozesse bringt.

Putin, Xi Jinping und Trump sind keine Multilateralisten. Sie verkörpern vielmehr die neue multipolare Weltordnung, in der die Core-States in ihrer jeweiligen Hemisphäre die Rolle der Ordnungsmacht beanspruchen und bei globalen Problemen mitentscheiden wollen. Für eine solche multipolare Weltordnung spricht zunächst, dass ohne eine dominierende Ordnungsmacht die Konkurrenz kleiner und mittlerer Mächte - wie insbesondere im Nahen Osten oder in vielen Regionen Afrikas - Anarchie und Chaos hervortreibt.

Die europäischen Staaten haben in dieser multipolaren Welt kein ausreichendes Gewicht und drohen zu bloßen Spielbällen der drei großen Mächte zu werden. Diesem Schicksal können sie nur entgehen, wenn sie über Nato und Europäische Union selbst zu einem Machtpol werden. Zwischen den jeweils zu schwachen globalen und nationalen Akteuren könnte eine handlungsfähige Europäische Union den Herausforderungen durch Gegenseitigkeit mit anderen Machtpolen entgentreten.

Diese Notwendigkeit ergibt sich daraus, dass der relative Niedergang und die inneren Schwächen der liberalen Demokratien Gegner und Feinde auf den Plan rufen, die das Machtvakuum ausfüllen. Nach innen ergibt sich die Notwendigkeit daraus, dass die offenen Gesellschaften polarisiert und zerstritten sind - vor allem über den neuen Kernkonflikt zwischen Offenheit und Abgrenzung.

**Europa zwischen Utopie und Regression. Die innere Spaltung nach Globalisten und Partikularisten**

„Die Menschheit“ ist keine realistische politische Kategorie. Auch die Beschwörung von universellen Menschenrechten ist utopisch, solange sie nicht von entsprechenden Pflichten gedeckt ist. Wer jedem Zuwanderer gleiche Teilhaberechte am Sozialstaat zugesteht, nimmt denjenigen von ihren Anteilen, die sich ihre Teilhabe erarbeitet haben.

Migranten wollen - nur zu verständlich - an ihrem Wohlstand teilhaben, verständlich auch die Ängste derjenigen, die selbst zu wenig haben, um allen Zuwanderern ausreichend abgeben zu können. Schwer verständlich, dass in diesem Dilemma nicht offen über Kompromisse debattiert wird.

Es ist überaus elitär, wenn sich Globalisten über den Widerstand dagegen wundern und empören. Die Selbstbehauptung sozialer Rechte als „Populismus“, „Nationalismus“ oder „Rassismus“ zu diffamieren, geht am Thema der Verteilungsgerechtigkeit zwischen globalen und lokalen Akteuren vorbei.

Die neue Rechte in Europa will anders als Nationalisten alter Prägung anderen Völkern nichts wegnehmen, dies wäre in der Tat zu verurteilen, sondern sie wollen die eigenen Rechte behaupten. Sie wollen auch nicht andere abwerten, sondern ihre eigenen Rechte nicht abgewertet sehen. Diese defensive Form der Selbstbehauptung gewinnt umso mehr an moralischer Legitimation, umso mehr sie sich zur Selbstbegrenzung nach außen bereitet.

Eine oft schon ins utopische, d.h. ortlose abgleitende Weltoffenheit der global denkenden Elite hatte selbst Islamisten in ihren Regenbogen aufgenommen. Ein solches Extrem an Offenheit droht gegenteilige Extreme hervorzutreiben, die in zu engen, etwa rein nationalen oder separatistischen Abgrenzungen die verlorene Selbstbehauptung rekonstruieren wollen. Mit einem solchen Übergang von der Utopie zur Regression und mit den sich gegenseitig bekämpfenden Extremen geraten mögliche Mittelwege

aus dem Auge. Win-win-Utopien drohen in Nullsummenspiele umzuschlagen.

Fortdauernde globale Visionen von der „Einen Welt“ verhindern auch in der gemäßigten Version einer multilateralen Ordnung notwendige Unterscheidungen nach Freunden, Partnern, Gegnern und Feinden. Die Globalisten erkennen in den Entgrenzungen vor allem Chancen. Ihr Kampf richtet sich weniger gegen äußere Bedrohungen als gegen diejenigen, die vor den Gefahren der Offenheit warnen und damit ihre Mobilitätschancen mindern.

### **Selbstbegrenzung und Selbstbehauptung in einer multipolaren Ordnung**

Ein Mittelweg zwischen allzu globalem und allzu lokalem Denken läge in einer starken EU im Rahmen einer multipolaren Weltordnung.

Für diese Stärkung der EU wäre aber ein Wandel ihrer Struktur und Strategie erforderlich.

1. Die Europäische Union **bräuchte einen Strukturwandel zur Vielfalt nach innen und zur Einheit nach außen.** Innere Vielfalt bedeutet vor allem, dass den Nationalstaaten ausreichende Selbstbehauptungsfähigkeit zugestanden wird, auch bei Asyl und Einwanderung, wo immer sich die EU dafür als ungeeignet erweisen.

Umgekehrt sollte der EU mehr Einheit und Stärke nach außen zugestanden werden, an ihren Grenzen und in Verhandlungen mit anderen Machtpolen, erhalten. Anders als nach dem ja vor allem auf innere Einheit ausgerichteten Modell des Nationalstaates würde die Priorität der Selbstbehauptung in Richtung eines imperialen Modell weisen, in dem der gemeinsame Schutz durch Stärke im Vordergrund steht.



2. Dieses imperiale Modell ist aber nach dem Scheitern des Universalismus ausdrücklich defensiv gemeint. Insbesondere auch im Rahmen der Nato würde die Strategie der Selbstbegrenzung nach außen die Selbstbehauptung nach innen moralisch legitimieren helfen.
3. Zu dieser defensiven Strategie gehört die Bereitschaft zur Eindämmung aggressiver, offensiv-imperialen Tendenzen wie etwa Chinas im wirtschaftlichen und des Islamismus im kulturellen Bereich. Die größere defensive Ausrichtung würde auch den inneren Konflikt der Demokratien bewältigen helfen. Die so genannte neue Rechte in Europa will anders als Nationalisten alter Prägung anderen Völkern nichts wegnehmen, dies wäre in der Tat schärfstens zu verurteilen. Und nur in diesem Fall wäre die Reduktion linker Politik auf den Kampf gegen rechts“ zu legitimieren, aber selbst dann wäre sie zu wenig, um die globalen Bedrohungen zu bewältigen.

Im Vordergrund steht vielmehr jedenfalls bei konservativen Protektionisten die Selbstbehauptung von legitimen eigenen Interessen. Sie wollen auch nicht andere abwerten, sondern ihre eigenen Rechte nicht abgewertet sehen. Problematisch ist hingegen die Beschwörung des Staatsvolkes im „völkischen“ Sinne. Das Volk als geistige oder soziologische Einheit gibt es nicht und sollte in einer pluralistischen Gesellschaft auch nicht unnötig beschworen werden. Ein solches Konstrukt würde nur zu unnötigen Ausgrenzungen beitragen. Bei einem einheitlich definierten Staatsvolk handelt es sich um eine romantische, durch ihre Überhöhung der Realität irreal und daher gefährliche Kategorie.

Das Staatsvolk als Summe aller Staatsbürger ist hingegen die Grundlage jeder Demokratie, in der alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen soll.

4. Dabei ständen auch nicht mehr einseitige, sondern gegenseitige Interessen im Vordergrund. Für deren Behauptung sollte man sich statt an universalen Ideale an kleinerem Übel orientieren. Statt um Global Governance ginge es um eine Koexistenz der verschiedenen Mächte und Kulturen.

Dafür wird der liberaldemokratische Westen mit autoritären Mächten wie insbesondere Russland kooperieren müssen, zum gegenseitigen Schutz vor den größeren Übeln totalitärer Mächte und vor der Anarchie des transnationalen Verbrechens. Schon Hannah Arendt hatte eine Koexistenz mit totalitären Systemen für unmöglich erachtet. Eine Koexistenz mit autoritären Systemen kann – ohne eine Wertegemeinschaft zu bilden - bis hin zur militärischen Zusammenarbeit gegenüber totalitären Mächte reichen.

5. Die Strategie der Selbstbegrenzung nach außen und Selbstbehauptung nach innen wäre sowohl internationaler als auch auf nationaler Ebene als Minimalkonsens geeignet.

Am Anfang einer neuen Strategie müssen Begriffe gefunden werden, die uns begreifen helfen. Begriffe wie „Selbstbegrenzung und Selbstbehauptung“ scheinen geeignet, eine neue Politik der bewahrenden Mitte zu definieren und die Spaltung der offenen Gesellschaften nach der anachronistischen Links-Rechts-Polarisierung zu überwinden, uns von falschen Gegensätzen zu neuen Gegenseitigkeiten zu führen.

Beim Minimalkonsens zur Selbstbegrenzung als Voraussetzung von Selbstbehauptung handelt es sich um ein im Grunde

antiimperialistisches „linkes“ Projekt, welches auch dem grünen Ökologismus, der die Entgrenzungen des Ressourcenverbrauchs kritisiert, entgegenkommt. Es ist zugleich ein konservatives Projekt. Der Begriff „Konservativ“ würde den abwertenden Begriff „Rechts“, bei dem eine aggressive, das Bestehende überwindende Konnotation mitschwingt, zu einem konsensfähigeren Bewahren und Entwickeln umwandeln. Wir brauchen bekanntlich zwei Flügel, um abzuheben und ein Stand- und ein Spielbein zum Gehen.

Bei Selbstbehauptung handelt es sich um ein kreatürliches Bedürfnis, welches viele Ideologien umgreift. Sie ist sozial-konservativ, da sie den Sozialstaat, liberal-konservativ, da sie den Rechtsstaat und ökologisch-konservativ, da sie Natur und Umwelt bewahren will. Sie ist zugleich modern und konservativ, da sie die kulturellen Voraussetzungen der modernen Gesellschaft bewahren möchte. Der Gegensatz zwischen Liberal und Konservativ hebt sich in der Notwendigkeit auf, die Vielfalt und Freiheit der offenen Gesellschaft durch die Einheit des Gesetzes und die Gleichheit vor staatlichen Institutionen zu bewahren.

Gegensätze zu Gegenseitigkeiten schmieden – dies ist der europäischen Kultur immerhin zwischen den Gegensätzen Religion und Politik in der Säkularität, zwischen Kapital und Arbeit in der Sozialen Marktwirtschaft oder auch zwischen Rechten und Pflichten in der bürgerlichen Gesellschaft gelungen.

Auch der Gegensatz zwischen Europäischer Union und Nationalstaat könnte auf einer sich gegenseitig ergänzenden Ebene aufgehoben werden. Jenseits von utopischem Globalismus universaler Werte oder regressivem Nationalismus wird Europa auch hierbei mittlere, glokale Wege finden müssen.

Eine neue europäische Mitte könnte sowohl auf altlinken und altrechten, auf liberalen und konservativen Ideen gründen. Ihr jeweiliger Vorrang ergäbe sich aus der Logik der jeweils

angemessenen Funktionssysteme. Kultureller Konservatismus, wirtschaftlicher Liberalismus, Autorität im Rechtsstaat und eine fördernde und fordernde Sozialstaatlichkeit wären keine Gegensätze, sondern auszugestaltende Gegenseitigkeiten.

## **II. Die EU in der multipolaren Weltordnung**

### **Die EU als Objekt oder Subjekt des Weltgeschehens?**

Die Kapriolen des US-Verbündeten machen eine relative militärische Autonomie der Europäer wichtig. Sie sollte nicht gegen die Nato gerichtet sein, sondern diese ergänzen. Zumal die mittelosteuropäischen Staaten wollen nicht auf den Schutz der USA vor Russland verzichten. Nach einer Abnabelung von den USA wäre die EU nicht mehr selbstbehauptungsfähig, sondern Spielball selbst schon von mittleren Mächten wie der Türkei.

Die Europäische Union steht vor der Entscheidung, ob sie Objekt anderer Machtpole oder ein eigener Machtpol sein will. Um wieder ein Subjekt des Weltgeschehens zu sein, müsste sie sich zunächst zu begrenzen verstehen. Nach dem Brexit stehen 446 Millionen EU-Bürger 1,3 Milliarden Afrikaner gegenüber. 2050 werden es zwei Milliarden Afrikaner sein, von denen schon heute Hunderte Millionen nach Europa migrieren wollen. Eine Verbesserung der Grenzsicherung wäre die Voraussetzung für eine Selbstbehauptung Europas.

Die Verweigerung von Selbstbehauptung kann nicht als Ausdruck unabänderlicher westlicher Dekadenz gelten. Kanada und Australien haben Wege gefunden, die Migrationsprozesse zur Stärkung der eigenen Wirtschaft zu nutzen. Einwanderung in diese Länder erfolgt nach Kriterien, die nationale Interessen stärken. Australien scheut sich nicht, die Marine zur Abwehr von Flüchtlingsbooten einzusetzen und diese zur Umkehr zu zwingen.

Das geografisch begünstigte Kanada bepunktet die Zuwandererkandidaten nach ihrer Leistungsfähigkeit, während die Europäer die Schwächeren anziehen, die auf soziale Hilfen angewiesen sind. Die USA nehmen hierbei eine mittlere Position ein, indem sie sich durch ostasiatische Einwanderung stärken und sich durch die Zuwanderung von Süden schwächen.<sup>3</sup>

Trotz des bitteren Streits zwischen Globalisten und Protektionisten setzt sich in Europa dennoch eine Verstärkung der Grenzen durch. Die Aufrüstung von Frontex, der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, ist erheblich. Frontex soll schon bis 2021 fast vervierfacht und in ihren Bestand von 2800 Personen im Jahr 2018 auf 10.000 Grenzschützer im Jahr 2021 ausgebaut werden.

3000 Beamte sollen unter Vertrag genommen werden. Die übrigen 7000 entsenden die Mitgliedsstaaten für längere oder kürzere Einsätze. Die eigenen Beamten reduzieren die Abhängigkeit von den Mitgliedsstaaten und von deren Bereitschaft, Grenzbeamte an die Außengrenzen zu kommandieren.<sup>4</sup>

Die systematische Suche nach schiffbrüchigen Migrant\*innen im zentralen Mittelmeer wurde eingestellt, weil dies die Schlepper ermutigt, Flüchtlinge von Rettungsschiffen aufgreifen zu lassen. Frontex soll

---

<sup>3</sup> Gunnar Heinsohn, Wettkampf um die Klugen. Kompetenz, Bildung und die Wohlfahrt der Nationen, Zürich 2019

<sup>4</sup> Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 27.12. 2019. „Die EU stockt ihre Grenzschutz massiv auf“

nicht mehr nur in Krisenfällen und bei Engpässen die Mitgliedstaaten unterstützen, sondern zu einem nachhaltigen Management der regulären und irregulären Migration in die EU beitragen.

Einmauern braucht sich die EU nicht. Rechtsstaatliche Konsequenzen bei kontrollfähigen Grenzen würden genügen, um die Folgen der Migration auf eine sowohl humanitäre als auch den Kontinent bewahrende Weise auszugleichen.

### **Die verbleibende defensive Rolle des Nationalstaates**

Eine EU, die schützt, würde die Selbstbehauptung ihrer Nationalstaaten nicht ersetzen, sondern ergänzen. Weder sind die inter- und supranationale Organe der EU noch die Nationalstaaten Selbstzwecke. Sie dienen beide der Selbstbehauptung.

Für einen subsidiären Aufbau der Sicherheitspolitik ist das Mehrebenensystem der Europäischen Union eigentlich gut geeignet. Wo der Nationalstaat aus räumlichen Gründen nicht weit genug ausgreift, wie in der Grenz-, Sicherheits- und Außenpolitik, wäre umso mehr europäisches Handeln geboten.<sup>5</sup>

Sobald die EU den Schutz der Nationalstaaten aber gefährdet, wie bei der verweigten Einschränkung der Personenfreizügigkeit gegenüber Großbritannien vor dem Brexit, kommt es zur Flucht in die nationale Wagenburg. Der Brexit soll die Nischenfähigkeit Großbritanniens in der Globalisierung stärken, wird aber die Abhängigkeiten von China und den USA erhöhen. Zumal Europas kleinere Nationalstaaten können sich ohne Staatenverbund gegenüber faktischen Imperien wie China, Russland und USA nicht behaupten.

Die EU sollte sich daher auf den Weg zu einem defensiv agierenden, sich selbst behauptenden Imperium machen. Neu an dieser Art Imperium wäre seine defensive Ausrichtung, die ihr Heil nicht in der

---

<sup>5</sup> Heinz Theisen, Die Ausdifferenzierung der Europäischen Union, in: Scheidewege. Jahresschrift für skeptisches Denken, Jahrgang 2019/2020, S. 258ff.

Ausweitung des Territoriums, sondern in der Bewahrung der bisherigen Territorialität sucht.

Im Wettbewerb der Mächte geht es heute weniger um den Besitz von Land als um die Anschlussfähigkeit an die wissensbasierte Weltwirtschaft. Zur Soft-Power Europas gehören auch Dezentralität, Subsidiarität und eine Vielfalt, aus der Kreativität und Ausdifferenzierung der europäischen Kultur erwachsen.

„Ein Europa, das schützt“, so die treffende Parole von Emmanuel Macron, sollte den Mitgliedsstaaten maximale Autonomie und Vielfalt gewähren und umso mehr Energie in eine gemeinsame Sicherheitspolitik umlenken. Die Europäische Union muss auf dem „Weg zum Imperium“ (David Engels), erst kleiner statt größer werden und weniger statt mehr Aufgaben an sich ziehen.<sup>6</sup>

### **Auf der Suche nach Europas mittleren Wegen**

Am Ende des Regenbogens standen alle Grenzen offen und hat damit die EU an den Rand der Selbstauflösung gebracht. Die innereuropäische Personenfreizügigkeit hat mit ihrer extrem freizügigen Praxis unter Tony Blair in Großbritannien die Saat für den Brexit gelegt. Umgekehrt wurden die Länder Mitteleuropas ihrer gut ausgebildeten Jugend beraubt. Es gab keine hinreichenden Abstufungen, Fristen und Kontingente um aus eine wildwüchsige Arbeitsmobilität in eine gesteuerte Einwanderung zu verwandeln.

Die Türen des Europäischen Hauses sollten mal offen, mal angelehnt und mal verriegelt sein. Auch die Nationalstaaten müssen im Rahmen ihrer demografischen und sozialstaatlichen Strukturen entscheiden

---

<sup>6</sup> David Engels, Auf dem Weg ins Imperium. Die Krise der Europäischen Union und der Untergang der römischen Republik, Berlin u.a. 2014.

können, wie viel humanitäre Fluchthilfe sie leisten wollen und wie viel Einwanderung sie brauchen.

Kroatien, dessen jungen Eliten nach Norden ziehen und regelrecht auszubluten droht, braucht eine andere Aus- und Einwanderungspolitik als Schweden. Wenn die EU den Dänen, die ihren Sozialstaat bewahren wollen, indem sie die Zuwanderung einschränken, dies untersagt, wäre ein Dexit so gut wie sicher.

Sowohl ein romantischer, den Zweckverband Nationalstaat überhörender Nationalismus als auch der sich selbst romantisch überhöhende Widerstand dagegen lenken von den nüchternen Aufgaben der Selbstbegrenzung zur Selbstbehauptung ab.

Bürger kommt von Burg. Der europäische Bürger muss das Gefühl haben, in der Europäischen Union Schutz zu finden und auf Gegenseitigkeiten von Rechten und Pflichten in einer Rechtsgemeinschaft vertrauen zu können. Ein Europa, das schützt, wird generell zur Globalisierung einen differenzierteren Standpunkt als bisher einnehmen und an die Stelle fiktiver globaler Gemeinsamkeiten notwendige Gegenseitigkeiten setzen, statt bloßem Freihandel mit asymmetrische Handelsbeziehungen fairere Beziehungen auch über Schutzzölle, lokale Schonräume und Übergangsfristen aufbauen.

Die wichtigste globale Synthese wäre schließlich, Brain-Drain in Brain-Circulation zu verwandeln. Dafür sind lokale Bindungen ebenso wichtig wie globale Projekte, Familien so wichtig wie Mobilität, Nationen so wichtig wie internationale Unionen. Flüchtlinge sollten in den Flüchtlingslagern des Nahen Ostens mit Unterstützung der UNO und der EU Kompetenzen erwerben können, die es ihnen ermöglichen, ihren Platz beim Wiederaufbau ihrer Heimat oder auch in einer geordneten Form der Auswanderung zu finden.<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Alexander Betts, Paul Collier, Gestrandet. Warum unsere Flüchtlingspolitik allen schadet – und was jetzt zu tun ist, München 2017.



## Selbstbehauptung im Sozialen Kapitalismus

Die heutige Globalisierung hat – so Max Otte - vor allem ein angelsächsisches Gesicht. Das Vertrauen in die Kapital- statt in die Kreditmärkte, eine skrupellose Ethik des Erfolgs und nicht der Verantwortung, der Vorrang des privaten vor dem öffentlichen Recht, die absolute Dominanz des Privatbesitzes und der geringe Anteil öffentlicher Güter seien Wesenszüge des angelsächsischen Modells.

Diese neoliberale Welle der Globalisierung habe nach dem Fall des Kommunismus auch die Reformstaaten Europas erreicht. Kontinentaleuropa habe aber ein Wirtschaftsmodell besessen, welches sich grundsätzlich vom Modell des Finanzkapitalismus unterschied: eine Ethik der Verantwortung anstatt des Erfolgs, eine mit dem Eigentum einhergehende soziale Verantwortung, eine Kultur der Solidarität und der staatlichen Dienstleistungen, starke Banken und Kredit. Das kontinentaleuropäische Wirtschaftsmodell betrachte öffentliche, staatlich finanzierte Dienste in vielen Bereichen der grundlegenden öffentlichen Güter und Dienste als wünschenswert: Gesundheitsfürsorge, Renten, Erziehung, Medien und öffentliche Infrastruktur. Diese Dienste sollen allen Bürgern auf egalitärer Basis zur Verfügung stehen.

Ein Ordnungs-Liberalismus befürwortet einen starken, aber begrenzten Staat. Er entspricht im sozial-ökonomischen Bereich der Strategie der Selbstbegrenzung zur Selbstbehauptung. Auch in den Vereinigten Staaten gewinnen soziale Aspekte und die Verteidiger eines radikalen Sozialismus verstärkt Gehör. Es sei Zeit für Europa, - so Max Otte - seine eigenen Traditionen wiederzuentdecken und ein wettbewerbsfähiges und zugleich soziales Modell zu schaffen.<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Max Otte, Auf dem Weg zu einer Renaissance des kontinentaleuropäischen Wirtschaftsmodells?, in: David Engels (Hrsg), *Renovatio Europae. Plädoyer für einen hesperialistischen Neubau Europas*, Berlin 2019

Statt aber über Alternativen wie ausdifferenzierte und abgestufte Gemeinsamkeiten und unterschiedliche Geschwindigkeiten nachzudenken, beschränkt sich die Diskussion meist auf ein pauschales „Mehr oder weniger Europa“. Es geht aber darum, wo es mehr und wo es weniger Europa geben sollte. Mit seiner Diskursfähigkeit droht Europa seine Differenzierungsfähigkeit zu verlieren. Wenn wir stattdessen über die Gräben von Globalisten und Protektionisten hinweg offen miteinander reden würden, würden wir auch wieder mittlere Wege entdecken.

### **III. Die Nato in der multipolaren Weltordnung**

Der relative Niedergang und die inneren Schwächen der liberalen Demokratien rufen alte und neue Feinde auf den Plan. Die offenen Gesellschaften sind polarisiert und zerstritten - vor allem über den neuen Kernkonflikt zwischen Offenheit und Abgrenzung. Ein Mittelweg zwischen allzu globalem und allzu lokalem Denken läge in einer multipolaren Weltordnung.

Die dem Mauerfall folgenden Entgrenzungsprozesse haben die Karten für die liberalen Demokratien neu gemischt. Russland, China, Islamisten und selbst die Türkei fordern ihre vormalige Vorherrschaft heraus.

Emmanuel Macron erklärte den „Hirntod“ der Nato mit dessen Strategielosigkeit. Der Dauerstreit über die Kostenverteilung sei solange sinnlos, wie man sich nicht einmal auf gemeinsame Feinde einigen könne. Macron erkennt den größten Feind im Islamismus. Frankreich fühlt sich im Kampf gegen den Islamismus in Mali und der Sahelzone von den Nato-Verbündeten nicht hinreichend unterstützt.

Heute wird in Mali das ganze Elend der westlichen Haltung im Kampf der Kulturen offenkundig. Auch dschihadistische Destabilisierungen der Sahel-Zone werden von jenem Saudi-Arabien finanziert, welches der Westen zu seinen Freunden zählt und seit Jahrzehnten mit Waffen beliefert.

Es ist auch nicht die Nato, die in Mali dem Islamismus entgegentritt, sondern eine bislang weitgehend wirkungslose UN-Mission zur Stabilisierung des Landes (Minusma), die 4500 Soldaten, davon 1100 Bundeswehrsoldaten umfasst sowie die EU-Ausbildungsmission EUTM Mali.

Die Spaltung nach Globalisten und Protektionisten hat auch die Staatenwelt der Nato erreicht. Während die angelsächsischen Länder den Rückzug vom Globalismus eingeleitet haben, beharrt die Bundesregierung auf dem Multilateralismus.

Donald Trump hat die Notwendigkeit eines Abschieds von dem überdehnten Universalismus nebst Weltpolizistenrolle verstanden, nicht aber, dass ein Rückzug der schwierigste Teil militärischer Operationen ist und die jeweilige Taktik in eine für Freund und Feind verstehbare Strategie eingebettet sein sollte.

Wenn ein Nato-Mitglied - wie im Falle der Türkei - die mit den im Kampf gegen den totalitären Islamischen Staat mit dem Westen verbündeten Kurden angreift, ist dieses Bündnis an einem kritischen Punkt angelangt, vielleicht - wie beim „Hirntod“ - schon über ihn hinaus.

### **Koexistenz mit Russland als dem kleineren Übel**

Das autoritär regierte Russland ist in kurzer Zeit vom Sicherheitspartner zum Feind der Nato abgestiegen, aber zugleich zu einer neuen Weltmacht aufgestiegen. Der politische Universalismus des Westens hatte zur Ausdehnung der Nato nach Osten verleitet - bis hin zu Beitrittsversprechen an die Ukraine und Georgien.

Russland wurde als Großmacht in der eigenen Hemisphäre herausgefordert und zu Gegenreaktionen verführt, die aus russischer Sicht als Selbstbehauptung verstanden werden. Selbst seine Intervention in Syrien scheint vor allem der Wiederherstellung der eigenen Großmachtrolle geschuldet.

Bei der Annexion der Krim handelt es sich um eine Völkerrechtsverletzung, aber sie bedroht nicht die Sicherheit des Nordatlantiks und auch nicht von Nato-Mitgliedsstaaten in Mittelosteuropa, die von Russland als Teil der westlichen Einflussphäre akzeptiert werden. Die Sanktionen gegen Russland sind aus universalistischen Werten des Westens, nicht aber aus den Sicherheitsinteressen der Nato-Staaten heraus begründbar. Umgekehrt verhindert die Ausgrenzung Russlands eine Neuordnung Europas und Chancen für eine Neuordnung des Nahen Ostens unter Beteiligung des Westens.

Früher oder später sollten Nato und EU Russland zurück ins Boot holen. Die Avancen Macrons an Moskau weisen in diese Richtung. Hinsichtlich der Ostukraine wurden im so genannten Normandie-Format zwischen der Ukraine, Russland, Frankreich und Deutschland bei humanitären und technischen Fragen Fortschritte bei Waffenstillstand und Gefangenaustausch, Truppenentflechtungen an der Frontlinie und Minenräumung erzielt.

Putins Forderungen nach einer Föderalisierung der Ukraine wurden vom ukrainischen Präsidenten Selenskyi abgewiesen, aber am Ende ist keine andere Lösung in Sicht.<sup>9</sup> Eine Föderalisierung mit hoher Autonomie von multikulturellen Regionen wäre ein Weg, mit Verstrickungen von Kulturen - wie zwischen der russischen und der ukrainischen in der Ostukraine – friedlicher umzugehen.<sup>10</sup>

---

<sup>9</sup> Vgl. Elena Welytschko, Aussicht auf Frieden im Donbass mit der Steinmeier-Formel?, in: Wostok. Informationen aus dem Osten für den Westen, NR.3-4 2019, S. 112ff

<sup>10</sup> Michael Wolffsohn, Zum Weltfrieden. Ein politischer Entwurf, München 2015.

Ein historisches Beispiel für eine Beschränkung auf den eigenen Raum ist die Schweiz, welche ihre Multikulturalität durch Föderalisierung nach innen und politische Neutralität gegenüber den sie umgebenden konkurrierenden Großmächten sicherte. Dies wäre auch der Weg der Ukraine gewesen, anstatt sich je nach Wahlergebnis abwechselnd auf die russische und westeuropäische Seite zu schlagen und darüber zerrissen zu werden.

Russland praktiziert im Nahen Osten eine Realpolitik des kleineren Übels. In Syrien galt Putin der säkulare Diktator Bashar al-Asad als kleineres Übel gegenüber seinen islamistischen Herausforderern, für den Westen galten beide so sehr als Übel, dass er sich zwar zum Kampf gegeben den Islamischen Staat, aber nicht zum Kampf für Asad entscheiden konnte. Auf diese Weise gewinnt man keine Freunde und keinen Einfluss. Die EU ist nur noch ein passives Opfer von Flüchtlingsströmen und islamistischem Terrorismus.

Die russische Intervention verfolgt – vielleicht mit Ausnahme des Schutzes Orthodoxer Christen in Syrien – keinerlei ideellen Ziele, sondern will ausdrücklich nur die Stabilisierung bestehender Regime. Macht gilt demnach immer als besser als Anarchie. Im Rahmen dieser Strategie gelang es Putin, gleichzeitig gute Beziehungen zum Iran und der Türkei, zu Israel und Saudi-Arabien zu unterhalten.

### **Eindämmung des chinesischen Imperialismus**

Die Nato hat - anlässlich ihres 70-jährigen Geburtstages - China erstmals zu den Bedrohungen des Westens gerechnet. Dies hätte mit der Selbstkritik verbunden sein müssen, dass die heutige Macht Chinas vom Westen aus einer Mischung von Exportgier und globalistischer Naivität gefördert worden ist.

Die Zerstörung der damals führenden deutschen Solarenergie durch die chinesische Konkurrenz wurde durch Subventionen Berlins beim Aufbau chinesischer Solartechnologie in Deutschland unterstützt. Die Sonne kannte keine Grenzen und keine eigenen Interessen mehr.

Die immer noch andauernde Entwicklungshilfe des „Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ für chinesische Umweltprojekte wird ebenfalls mit globalen ökologischen Zielen erklärt.

Die chinesische Expansion verläuft über den globalen Ausbau von Infrastrukturen, die die vom chinesischen Staat gestützten handelspolitischen Offensiven erleichtern, bei gleichzeitiger nationalstaatlicher Protektion der eigenen Märkte. Die Mischung von Nationalstaat und Weltmarkt, von einem Freihandel nach außen und geschützten Märkten nach innen, steht in einem asymmetrischen Verhältnis zur freihändlerischen Ideologie des Westens und unterläuft faire Gegenseitigkeiten.

Auch dies sollte nicht moralisiert werden. Das Missverhältnis schon zwischen der geringen landwirtschaftlichen Nutzfläche Chinas und seiner Bevölkerungszahl legt eine solche Politik nahe, die aber in ihrem Extrem aufgrund unserer eignen Interessen eingegrenzt werden muss.

Der ökonomische Totalitarismus Chinas ordnet dem wirtschaftlichen Erfolg alle Beziehungen nach außen und die politischen Freiheiten nach innen unter. Die Macht der nominell Kommunistischen Partei über eine kapitalistische Gesellschaft wird nur durch ökonomischen Erfolg legitimiert. Ausbleibender Erfolg würde als Zeichen dafür gelten, dass „das Mandat des Himmels“ und damit auch die vom Volk im Vertrauen auf dieses Mandat verliehene Macht verloren ist.<sup>11</sup>

Mit bilateralen Abkommen mit verschiedenen Staaten der Europäischen Union hat China die Chance auf eine gemeinsame Protektionspolitik der Europäer gegenüber China schon unterlaufen. Zum Schutz vor den wirtschaftlichen, in Südostasien auch

---

<sup>11</sup> Anders dagegen Heinrich Geiger, Chinesische Mauern. Neue Vorzeichen und alte Wege im chinesischen Denken der Gegenwart, Freiburg, München 2019.

militärischen Ambitionen Chinas, bleiben die USA unverzichtbar. Deren Präsident ist beinahe allein der chinesischen Herausforderung entgegengetreten.

Zugleich muss die Wirtschaftsmacht Chinas als Realität anerkannt werden. Im Bereich der digitalen Infrastruktur - wie beim Aufbau des 5G-Netzwerkes - kann auf die Leistungsfähigkeit von Huawei nicht mehr verzichtet werden. Es wäre auch keine gute Perspektive, allein dem Big-Data von US-Firmen unterworfen zu sein. Den digital abgehängten Europäern muss eine Balance gelingen, nicht einem Monopol unterworfen zu sein und dennoch die sicherheitspolitisch unverzichtbare Kooperation mit den USA aufrechtzuerhalten. Dieses Kunststück kann nur im europäischen Kontext als Zwischenraum zwischen nationaler und globaler Ebene gelingen.

### **Nach der Eindämmung des Islamismus – Rückzug vom Nahen Osten**

Nach Meinung von Kulturmarxisten wie von liberalen Materialisten geht es im Nahen Osten „nur ums Öl“ oder auch „nur um Macht“. Wie sehr aber selbst die Ölpreise mit der religiös-politischen Überhitzung zusammenhängen, zeigt sich an den Folgen der Vervierfachung der Rohölpreise in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts.

Sie erst ermöglichte den Ölmonarchien im Golf den Aufstieg zu Fördermächten des Islamismus. Mit ihren Milliarden konnten sowohl die Gotteskrieger in Afghanistan und später im gesamten Nahen Osten und Europa subventioniert werden, Rohöl und Religion erweisen als ein einziges geflochtenes Band.

Umgekehrt können wir daraus Hoffnung schöpfen. Seit 2014 sind die Rohölpreise zeitweise um 70 Prozent gesunken, was der weiteren Ausbreitung des Islamismus schadet. Die schiitisch-sunnitische Rivalität dürfte mit einer Verknappung ihrer Ressourcen zu tun haben.

Durch die Schiefergas- und Schieferölförderung haben sich die USA neben Russland und Saudi-Arabien zum größten Ölproduzenten entwickelt und sich damit einen Rückzug aus dem Nahen Osten ermöglicht. Etwa 880 Milliarden Dollar hat den USA die Intervention im Irak gekostet. Anarchie und Zerstörung und ein Vordringen des Irans waren die Folge. So wie der Versuch eines Nation-Building im Irak ein Fehler war, so war es wiederum falsch, in Libyen das Regime zu zerstören, ohne beim Neuaufbau zu helfen.

Die Appeasement-Politik ermuntert eine wesensmäßig expansive, totalitäre Macht zu immer weiterem Voranschreiten. Seit dem Atomabkommen von Obama und europäischen Mächten von 2015 hat der Iran seine Macht im Libanon, Syrien, dem Irak sowie Teilen des Jemen ausgedehnt, er beschießt saudische Ölanlagen und bedroht in der Straße von Hormus den Welthandel. Er bedroht Israel mit der schiitischen Hisbollah und der sunnitischen Hamas nebst Islamischen Dschihad konfessionsübergreifend. Beim Kampf der Mullahs gegen Israel handelt es sich um einen allein religiös motivierten Kampf.

Am Vormarsch des Iran in der Levante trägt sowohl die planlose Intervention der USA 2003 als auch die planlose Truppenverminderung seit 2011 Schuld.

Über die Wege zur Eindämmung – wie der Exekution des Terrorgenerals Soleimani - kann man streiten, über die Notwendigkeit einer Eindämmung nur dann, wenn man zu kapitulieren bereit ist. Ob bei Intervention oder Appeasement, beide waren ungeeignet, den Islamismus einzudämmen. In einer zukünftigen Strategie sollte nach der Eindämmung des Islamismus eine Koexistenz des Westens sowohl mit Russland als auch mit dem Nahen Osten angestrebt werden. Für den Wiederaufbau der Levante führt an der Kooperation mit Russland kein Weg mehr vorbei.

Darüber könnte die Einbindung des mit beiden Mächten befreundeten Israels gelinge, dessen wissensbasierte Kompetenzen



aus ökologischen und ökonomischen Gründen unverzichtbar sind. Darüber könnte ein Paradigmenwandel vom Kampf der Kulturen zum Kampf um die Zivilisation gelingen. Identitäten gewinnen demgegenüber an Bedeutung, wenn Kompetenzen und Anschlussfähigkeit fehlen.<sup>12</sup>

### **Entstrickung der Kulturen**

Die derzeit 15 Auslandseinsätze der Bundeswehr sollten danach beurteilt werden, ob sie der Sicherheit des westlichen Bündnisgebietes oder zumindest der Stabilisierung der jeweiligen Region dienen. Im Moment verhält es sich eher umgekehrt. Während Bundeswehrsoldaten in Afghanistan für die Sicherheit des Landes kämpfen, fliehen Afghanen vor der Unsicherheit des Krieges und suchen in Deutschland Asyl. Unterscheidungen zwischen Islamisten und vom Islamismus Verfolgten finden nicht statt.

Solange der Geist der Universalität auf den Ungeist der Blutrache trifft und mit jedem getöteten Feind fünf neue Feinde in Gestalt von Verwandten hinzukommen, vermögen auch zeitweise nahezu vollständig versammelte Nato-Staaten in Afghanistan nicht gegen 30000 Talibankrieger zu gewinnen. Heute gelingt es in Afghanistan oder im Irak den verbliebenen westlichen Soldaten gerade noch, sich selbst zu schützen. Die zivile Entwicklungs- und Umwelthilfe in Afghanistan führte dazu, dass der Drogenhandel der Taliban über die neugebauten Straßen abgewickelt werden kann.

Die Logik einer Clankultur ist mit westlichem Universalismus und ein Heiliger Krieg ist mit der Säkularität inkompatibel. Hier kann es kein „Inter“, sondern nur eine Koexistenz zwischen den Kulturen geben. Doch unsere längst profanierten Intellektuellen ignorieren nach wie vor die ausschlaggebende Bedeutung von Kultur und Religion in der islamischen Welt.

---

<sup>12</sup> Heinz Theisen, Der Westen und sein Naher Osten. Vom Kampf der Kulturen zum Kampf um die Zivilisation, Reinbek 2015.

Die Beschwichtigungspolitik gegenüber totalitären Mächten stachelt wie schon bei dem zunehmend totalitär agierenden Erdogan - zu immer weiteren Grenzübertretungen an. Nach der Eindämmung des Islamismus sollte sich der Westen weitgehend aus dem Nahen Osten zurückziehen. Gegenüber den ethnischen und konfessionellen Konflikten sollte er neutral bleiben oder allenfalls im Sinne einer Balance of Power keine Seite zu stark werden lassen. Diese Koexistenz der Kulturen und Mächte schließt Kooperation in den universalisierbaren Funktionssystemen Wissenschaft, Technik und Ökonomie nicht aus.

Israel muss hingegen schon als Bollwerk des Westens unterstützt werden. Eine konsequentere Orientierung am kleineren Übel sollte wiederum die Unterstützung von säkularen Regime wie in Ägypten und Jordanien, im Zweifelsfalle auch von Asad, nahelegen, auch wenn es sich um autoritäre Diktaturen handelt.

Zum Rückzug gehört die Entstrickung von falschen Freunden wie Saudi-Arabien und der Türkei. Die europäische Sanktionspolitik gegenüber Russland steht im Missverhältnis zum Appeasement gegenüber der Türkei. Die Nato-Mitgliedschaft einer islamo-nationalistisch regierten Türkei droht die Nato als Wertegemeinschaft aufzuheben und um ihre Abgrenzungsfähigkeit zum Nahen Osten zu bringen. Sie macht die Nato quantitativ stärker, politisch schwächer. Aus der Selbstbegrenzung der Nato könnte sie dagegen gestärkt hervorgehen.

### **Renovatio Europae?**

Chantal Delsol beschreibt die Immigrationsproblematik als Konflikt zwischen Politik und Moral. Er sei unlösbar, weil beide Forderungen berechtigt seien. Ein Individuum können sich dafür entscheiden, alles der Moral zu opfern. Aber eine Gesellschaft habe nicht das Recht dazu, weil sie im Gegensatz zum Individuum auf Dauer angelegt ist.

Unser Leben bestehe aus Gegensätzen, aus Polaritäten, die nie aufhören, Fragen aufzuwerfen. Unsere natürliche und kulturelle Welt sei aus komplementären Gegensätzen zusammengefügt, welche bei Tag oder Nacht beginnen und sich über Mann oder Frau oder bekannt und fremd bis hin zu heilig oder profan fortsetze. Der Konflikt zwischen gegensätzlichen Notwendigkeiten und gleichermaßen hohen Werten, sei tragisch, weil sie sich gegenseitig töten. Wenn ich einen in meinen Augen fundamentalen Wert verwirkliche, zerdrücke und zerstöre ich einen anderen ebenfalls fundamentalen Wert.

Wird eines der Prinzipien zuungunsten des anderen bevorteilt, beginnt die Verwüstung der Utopie und die Zügellosigkeit der Prinzipien. Die Ethik der Gastfreundschaft kollidiert mit der langfristigen Zukunft einer Kultur. Über diese Tragik sei es zu einem böartigen, verbissenen Disput gekommen, weil auf beiden Seiten ein grundlegender Wert verteidigt und sogar verabsolutiert wird.

Die ersten vermuten, dass die Verteidiger des Universalismus ihre eigene Kultur geringschätzen, letztere hingegen vermuten, dass die Verfechter des Partikularismus Fremde hassen. Während der Partikularismus zum Zynismus neige, verleitet der Universalismus zum Hass auf das Wirkliche mit all seiner Unvollkommenheit.

Tugenden könnten irrsinnig werden, wenn sie von jeglicher Grenze befreit sind. Sie sind dann dazu verdammt, immer absoluter zu werden, aber statt einem Absolutem müsse ein Gleichgewicht gefunden werden. Eine befriedigende Lösung werde erst dann gefunden, wenn ein Gleichgewicht zwischen der größtmöglichen Zahl an Aufnahmen und dem Schutz der Kultur des Gastlandes gefunden ist.<sup>13</sup>

---

<sup>13</sup> Chantal Delsol, *Immigration: Gastfreundschaft und Gemeinnutz. Eine alpträumhafte Antinomie*, in: David Engels, (Hrsg) *Renovatio Europae. Plädoyer für einen hesperialistischen Neubau Europas*, Berlin 2019, S. 81ff.

Für diese schwere Aufgabe wird die Weisheit der Religion gebraucht. Ohne die Annahme unserer Endlichkeit scheinen wir keine Auswege aus den Entgrenzungen und ihren Dilemmata zu finden.